

Die Zukunft der EU: Visionen und Szenarien, Pro und Kontra

Sturm, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sturm, R. (2014). Die Zukunft der EU: Visionen und Szenarien, Pro und Kontra. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 63(1), 101-106. <https://doi.org/10.3224/gwp.v63i1.16066>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Zukunft der EU: Visionen und Szenarien, Pro und Kontra

Roland Sturm

Die europäische Integration hat die wirtschaftlichen (Binnenmarkt, Euro, Lissabon-Prozess) Handlungsmöglichkeiten deutscher Regierungen stark verändert, sie hat Deutschland seinen Nachbarn in der EU näher gebracht und traditionelle Nachbarschaftsverhältnisse (z.B. zur Schweiz) neu definiert. Deutsche Politik entscheidet in vielerlei Hinsicht nicht mehr alleine. Im Europäischen Rat, im Ministerrat, in der Kommission, im Europäischen Parlament, im EuGH, aber auch im Ausschuss der Regionen ist die deutsche Stimme eine unter vielen, wenn auch eine gewichtige, wenn Entscheidungen fallen oder politische Positionen bezogen werden, die Deutschland betreffen. Das Denken in nationalstaatlichen Kategorien stößt an Grenzen. EU-Politik ist deutsche Innenpolitik geworden und nimmt Einfluss auf traditionelles Entscheiden im deutschen Regierungssystem (z.B. den Föderalismus). Deutschland hat aus historischen und aktuellen Gründen vielerlei Interesse an einer funktionierenden Union, nicht zuletzt auch wegen der Nettoszahlerposition des Landes. Auch außen- und sicherheitspolitisch zieht Deutschland den europäischen Kontext politischen Alleingängen vor und übernimmt in diesem Rahmen militärische und humanitäre Verantwortung.

Die Zukunft der EU, ihre „Finalität“, ist umstritten. Es ist viel leichter, wenn auch ebenfalls nicht außerhalb politischer Kontroversen, für mehr europäische Integration als politischem Prozess zu argumentieren (im Lissabon Vertrag findet sich die Formel der „immer engeren Union der Völker Europas“) als sich auf eine endgültige Ausgestaltung der EU zu einigen. Dennoch



Prof. Dr. Roland Sturm

Lehrt Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen und ist Mitherausgeber von GWP

spielen die möglichen Zukünfte Europas in der politischen Debatte eine wichtige Rolle – teilweise als Forderungen und Ziele, immer aber unterschwellig als Voraussetzung für Stellungnahmen zu europäischen Angelegenheiten. Im Folgenden werden die wichtigsten Szenarien für die Zukunft der EU kontrovers dargestellt.

Szenarium 1: Die Vereinigten Staaten von Europa (Vorbild USA, also ein europäischer Staat)

Argumente dafür	Argumente dagegen
Die Vollendung des Friedenswerkes der Nachkriegszeit in Europa	Es fehlt an Konsens für einen europäischen Superstaat (bei den Regierungen der Mitgliedstaaten und in der Bevölkerung)
Nur ein europäischer Staat hat eine ausreichende Größe um im weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb (USA-China-EU) mithalten zu können	Es fehlt am Willen, nationale Souveränität aufzugeben – im Gegenteil: wir beobachten Tendenzen zu einer Renationalisierung der europäischen Politik
Nur ein europäischer Staat hat ausreichend Ressourcen und Unabhängigkeit, um das europäische Modell des Wohlfahrtsstaats vor den Herausforderungen der Globalisierung zu schützen	Es fehlt an einer europäischen Öffentlichkeit und damit auch an der Möglichkeit der demokratischen Legitimation des Superstaates
Nur ein europäischer Staat hat ausreichend militärische Machtmittel, um militärische Einsätze mit UN-Mandat weltweit zu verantworten	Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa findet nur in wenigen Mitgliedstaaten Unterstützung (z.T. in Deutschland)
Nur ein europäischer Staat kann sicher auf Dauer erfolgreich für die Werte der EU national und international einsetzen (Demokratie, Menschenrechte etc.)	Es bleibt umstritten, was eine europäische Wertegemeinschaft ausmacht. Beispiele die Rolle des Christentums oder die Balance von Sicherheits- und Freiheitsrechten
	Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat in der Realität Grenzen (nur Frankreich und das Vereinigte Königreich sind Atomkräfte; es gibt keinen EU-Sitz im UN-Sicherheitsrat; außenpolitische Alleingänge eines oder mehrerer Staaten bleiben möglich: Libyen, Mali etc.)

Szenarium 2: Ein Europa der „Vaterländer“

Die Idee eines Europas der Vaterländer geht auf den früheren französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle (1890-1970) zurück. Im Unterschied zum Modell der Vereinigten Staaten von Europa unterstellt es nicht, dass in Europa die Nationalstaaten unbedeutend werden, sondern dass diese die Säulen der EU bilden.

Argumente dafür	Argumente dagegen
Die zentrale Rolle der Nationalstaaten entspricht dem im Lissabon-Vertrag verankerten Subsidiaritätsprinzip. Subsidiarität in der EU bedeutet, dass die „untere Ebene“, die Nationalstaaten, vor allen Dingen politisch zuständig bleiben. Auf europäischer Ebene ist nur zu regeln, was die EU besser tun kann als der Nationalstaat (z.B. grenzüberschreitenden Umweltschutz).	Ein „Europa der Vaterländer“ als Ziel führt zu einer politischen Stagnation im Integrationsprozess, die dem erreichten Grad der Integration und der gewachsenen wirtschaftlichen Verflechtung (Euro, Binnenmarkt etc.) nicht entspricht.
Das Szenarium bezieht sich auf den tatsächlichen Raum legitimer Politik und respektiert die fortbestehenden institutionellen und politisch-kulturellen Unterschiede in der EU.	Die Parole vom „Europa der Vaterländer“ ist eine Prämie für Populisten, die vermeintlich nationale Interessen gegen andere Mitgliedstaaten und die EU ausspielen.
Das Szenarium entspricht der Tatsache, dass es in Europa keine gemeinsame Sprache und Kommunikation und kein Staatsvolk gibt.	Ein „Europa der Vaterländer“ reduziert den Einfluss der EU in der Welt.
Nur ein auf den Nationalstaaten aufbauendes Europa ist ausreichend bürgernah.	Ein „Europa der Vaterländer“ provoziert komplizierte Entscheidungswege in der EU.

Szenarium 3: Das Europa der Regionen

Die Vision des „Europa der Regionen“ wurde in den 1980er Jahren vor allem von den deutschen Ländern ins Spiel gebracht, allen voran von Bayern (Ministerpräsident Max Streibl) und Baden-Württemberg (Ministerpräsident Lothar Späth) und in Nordrhein-Westfalen von Ministerpräsident Wolfgang Clement aufgegriffen. Lothar Späth sah die Regionen als treibende Kräfte des zukünftigen Europas, weshalb er auch die Initiative „Vier Motoren für Europa“, mit den aus seiner Sicht in Technologie, Wirtschaftskraft und Kultur führenden Regionen (neben Baden Württemberg: Lombardei, Katalonien und Rhône-Alpes) ins Leben rief.

Argumente dafür	Argumente dagegen
Das Europa der Regionen ist, wie der amerikanische Soziologe Daniel Bell dies ausdrückte, die logische Konsequenz der Tatsache, dass der Nationalstaat inzwischen zu klein geworden ist, um die großen Probleme zu lösen und zu groß, um sich um die kleinen Probleme der Menschen vor Ort zu kümmern.	Politische Regionen bzw. regionale Identität gibt es nicht in jedem EU-Land (insbesondere nicht in Kleinstaaten wie Luxemburg oder Slowenien).
Regionen neigen, anders als Nationalstaaten, nicht zu kriegerischen Auseinandersetzungen und sind hierfür vor allem auch nicht geeignet/fähig.	Regionen sind als ökonomische Handlungsträger (z.B. für den Finanzmarkt) irrelevant.
Regionen befriedigen das menschliche Grundbedürfnis nach Heimat.	Eine Regionalisierung der EU verhindert ökonomische Effizienzgewinne durch Größe (Skalenerträge).
	Der Nationalstaat ist nicht tot – nationale Identitäten koexistieren mit regionalen Identitäten.

Szenarium 4: Das Europa mehrerer Geschwindigkeiten

Die europäische Integration schreitet nicht gleichmäßig voran. Die Politikfelder, in denen sich einzelne Mitgliedstaaten nicht am Integrationsprozess beteiligen nehmen zu. So bewegt sich die europäische Integration faktisch in den einzelnen Mitgliedstaaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voran.

Mehrere Geschwindigkeiten auf wichtigen Politikfeldern: FP = Fiskalpakt; BA = Europäische Bankenaufsicht – Länder, die sich auf bestimmten Politikfeldern nicht beteiligen:

	Wirtschafts- und Währungsunion			Raum der Freiheit der Sicherheit und des Rechts	Verteidigung	Grundrechtecharta
	Euro	FP	BA			
Dänemark	x			x	x	
Großbritannien	x	x	x	x (Schengen)		x (Wirtschaft)
Irland				x (Schengen)		
Polen						xx (Religion)
Schweden	x		x			
Tschechien		x	x			

Argumente dafür	Argumente dagegen
Das Europa mehrerer Geschwindigkeiten ist inzwischen Realität in der EU. Es stellt einen pragmatischen Kompromiss dar.	Die gemeinsame europäische Vision droht verlorenzugehen (Kosten-Nutzen Argumente überwiegen). Es entsteht ein Europa á la carte.
Mehrere Geschwindigkeiten erlauben den zurückgebliebenen EU-Mitgliedstaaten jederzeit, die Geschwindigkeit der Integration zu erhöhen und sich der höheren Stufe der Integration anzuschließen.	Die Gefahr des Auseinanderbrechens der EU besteht, zumindest aber die Gefahr der Spaltung der EU in eine erste und eine zweite Klasse Mitgliedschaft.
Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise lässt keine Wahl. Die „Märkte“ erwarten in Bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion „mehr Europa“ – die einzelnen Mitgliedstaaten sind hierfür in unterschiedlichem Maße bereit.	

Szenarium 5: Das Europa der variablen Geometrie/ „Kerneuropa“

Das Konzept geht zurück auf ein Diskussionspapier der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble und Karl Lamers (Schäuble-Lamers-Papier) von 1994, das die These vertrat, dass es den stärker integrationswilligen EU-Mitgliedsstaaten möglich sein sollte, im Integrationsprozess schneller voran zu schreiten. Das so entstehende Kerneuropa wird zum Motor der europäischen Integration.

Argumente dafür	Argumente dagegen
Das Kerneuropa-Konzept ist die einzige Möglichkeit, die europäische Integration entschlossen voranzutreiben.	Das Kerneuropa-Konzept zerstört die EU, weil die Länder außerhalb des Kerns nicht automatisch der Avantgarde folgen
Die Möglichkeit eines „Kerneuropa“ ist bereits im Lissabon-Vertrag vorgesehen („verstärkte Zusammenarbeit“, Artikel 20 EUV; Artikel 326ff. AEUV und „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“, Artikel 42(6), 46 EUV und Protokoll Nr. 10 für den Bereich militärische Kooperation)	Das Kerneuropa-Konzept entwertet die nationalen Parlamente und vergrößert das Demokratiedefizit der EU. In Deutschland sind beispielsweise Entscheidungen aus Brüssel über den nationalen Haushalt verfassungswidrig.
Kerneuropa ist schon die unausweichliche Folge der Spaltung der EU in Euro- und Nichteuroländer und der Staatsschuldenkrise (Die EU-Kommission fordert für die Euro-Länder eine Bankenunion, eine gemeinsame Haushaltspolitik, eine gemeinsame Konjunkturpolitik, Eurobonds etc.)	

Szenarium 6: Das „Markteuropa“

Die EU zu reduzieren auf eine große Freihandelszone ist vor allem eine britische Zielvorstellung. Die politische Vertiefung der EU soll gestoppt werden, während die EU-Erweiterung ohne Wenn und Aber willkommen ist, weil so der Zugang zu neuen Märkten für die EU-Mitgliedstaaten erleichtert wird.

Argumente dafür	Argumente dagegen
Der Binnenmarkt ist die einzige Grundlage der EU, auf die sich alle Mitgliedstaaten einigen können.	Ein Markteuropa wäre das Ende des europäischen Projekts einer politischen Union.
Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU (Liberalisierung der Märkte) ist die einzig mögliche Strategie, um den europäischen Wohlstand zu sichern.	Ein Markteuropa vernachlässigt die soziale und regionale Ausgleichsdimension (Kohäsion) der EU.
Ein Markteuropa hätte keine Probleme mit der EU-Erweiterung (z.B. Beitritt der Türkei), im Gegenteil.	